

Landrat Jürgen Dannenberg, AWO-Geschäftsführerin Corinna Reinecke, Regierungsbeauftragter Christoph Strässer und Reinhard Rauschnig (v.l.n.r.), Vorsitzender der Fraktionen der SPD im Stadtrat und Kreistag. Foto: Wolfgang Gorsboth



18.01.2016

Beauftragter der Bundesregierung Gast in der Akademie

Christoph Strässer appelliert an die Werte Europas

Wittenberg (wg). „Der Bund muss in der Flüchtlingsfrage zur Unterstützung der Kommunen materiell mehr leisten“, erklärte Christoph Strässer (SPD), Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Münster, der von 1993 bis 2002 in Wittenberg auch eine zweite Anwaltskanzlei unterhielt, besuchte Landrat Jürgen Dannenberg (Linke), abends war er zu Gast in der Evangelischen Akademie, wo er über „Deutschlands humanitäre Hilfe im Ausland“ referierte.

Flüchtlingspolitik sei eine Gemeinschaftsaufgabe, Kostenpauschalen pro Flüchtling seien die fairste Lösung. Für 1,1 Millionen Asylbewerber laufe derzeit in Deutschland das Verfahren, „nicht die Zahl als solche überfordert uns, wohl aber die Verwaltung und Organisation.“ Von schnelleren und einfacheren Verfahren hält der Beauftragte nicht viel: „Asyl als rechtsstaatliches Verfahren darf nicht ausgehöhlt werden.“ Deshalb lösten auch Obergrenzen das Problem nicht.

Die Politik müsse die Thematik offensiver und mutiger angehen und den Menschen erklären, dass niemand wegen der Flüchtlinge schlechter gestellt werde.

„Als Bundeskanzlerin Angela Merkel die Grenzen öffnen ließ, standen die Flüchtlinge längst mitten in Europa“, betonte Strässer im Gespräch mit dem Wittenberger Sonntag. Wer keine Perspektive habe, der gehe.

Die vielen syrischen Flüchtlinge, die sich zum Teil seit zweieinhalb Jahren in Lagern in der Türkei, Libanon und Jordanien aufhielten, hätten schlicht keine Perspektive, weil die internationale Staatengemeinschaft kläglich versagt habe: „Es fehlt Geld, so dass die Lebensmittelrationen in den Lagern verknappt werden mussten und jedes zweite Kind hat keine Chance, eine Schule zu besuchen.“

Angesichts der desolaten Situation in den Flüchtlingslagern und der Verschärfung der Lage in Syrien und dem Iran seit der Offensive des IS sei absehbar gewesen, dass viele Flüchtlinge den Weg nach Europa antreten würden. Die Einführung fester und vermeintlich sicherer Grenzen entlang der Balkanroute würde das Problem ebenfalls nicht lösen, wohl aber die Balkanländer destabilisieren. Die Dublin-Verordnungen seien überdies reformbedürftig.

Von Europa und den in der EU geführten Diskussionen ist Strässer enttäuscht: „Europa muss mehr sein als eine Wirtschaftsunion. Es geht um das, was Europa ausmacht, um unsere gemeinsamen Werte und Maßstäbe. Bekommen wir das Flüchtlingsproblem nicht in den Griff, wird das Projekt Europa scheitern.“

Strässer spricht sich für legale und mithin sichere Fluchtwege aus den Krisenregionen in die EU aus, um Schlepperbanden das Handwerk zu legen und die Flüchtlingstragödien vor allem im Mittelmeer zu beenden. Lösungen seien nur denkbar, wenn sich in den Kriegs- und Krisengebieten vor Ort etwas verändert, aber auch hier ist der Beauftragte skeptisch: „Die UN benötigt für humanitäre Hilfen weltweit 2016 rund 20 Milliarden Dollar, allein der Bundeshaushalt umfasst mehr als 300 Milliarden Euro, dennoch ist die internationale Staatengemeinschaft nicht in der Lage, die von der UN genannte Summe aufzubringen.“